Niederschrift
zur 7. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit und Ordnung der Stadt Zossen

Sitzungstermin:	Montag, den 14.09.2009
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	20:27 Uhr
Ort, Raum:	**Rathaus der Stadt Zossen, Konferenzraum im Erdgeschoss, Marktplatz 20 in 15806 Zossen**

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender
Herr Sven Baranowski
Ausschussmitglieder
Frau Petra Miersch
sachkundige Einwohner
Herr Thomas Blanke
Herr Detlef Klucke
Frau Kerstin Lindstedt
Amtsleiter Rechts- und Personalamt
Herr Raimund Kramer
Protokollantin
Frau Carmen Schulze

Es fehlen:

Ausschussmitglieder

Herr Peter Hummer	entschuldigt
Herr Ralf Markwardt	
Herr Dr. Rainer Reinecke	entschuldigt
Herr Rolf von Lützow	entschuldigt

sachkundige Einwohner
Herr Joachim Büder
Frau Ulrike Nowy

zu 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden

Die Sitzung wurde 19:00 Uhr durch den Ausschussvorsitzenden eröffnet.

zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Von den sechs ordnungsgemäß geladenen Ausschussmitgliedern waren zwei anwesend. Damit war die Sitzung nicht beschlussfähig.

Die Sitzung wurde von Herrn Baranowski jedoch nicht geschlossen. Anfragen und

Mitteilungen sowie Beratungen sollten durch die Ausschussmitglieder besprochen werden. Es wurde mit dem Tagesordnungspunkt 6 begonnen.

zu 6 Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder

Durch die Ausschussmitglieder wurden folgende Anfragen und Mitteilungen gestellt:

Wünsdorf Am Bahnhof:
- Betriebshaltestelle – wie lange ist dieser Zustand noch?
- Schild Parkverbot-Ende fehlt
- Straßenmarkierung

Stand über Zustand des Grundstückes von Eon.Edis?
Herr Kramer informierte, dass der Vorgang an Frau Klähn (Amtsleiterin Ordnungsamt) weitergeleitet wurde. Er verwies auf die nicht gültige Straßenreinigungssatzung.

Stand der Hauptsatzung?
Herr Kramer informierte ausführlich über den aktuellen Sachstand des Verfahrens bei der Kommunalaufsicht. Frau Schreiber hatte rechtliche Bedenken bei der Abstimmung zur Hauptsatzung erhoben.

Um 19:12 Uhr nahm Herr Blanke an der Sitzung teil.

Herr Preuß drang eindringlich auf die Bekanntmachung der Hauptsatzung, da diese in der Stadtverordnetenversammlung am 02.09.2009 beschlossen wurde, eine Beanstandung der Hauptsatzung läge nicht vor.

Frau Miersch wollte wissen, welche Begründung die Bürgermeisterin abgeben hätte, warum weder eine Beanstandung noch eine Bekanntmachung der Hauptsatzung erfolgt ist. Herr Kramer wird dies als Anregung an Frau Schreiber weiterleiten.

Herr Baranowski machte weitere allgemeine Anfragen/Mitteilungen:

- Kontrollen der Einhaltung der Parkaufsicht: Warum zwischen 08:00 – 10:00 Uhr täglich? Sachverhalt wird an Frau Klähn weitergeleitet.
- Kennzeichnung der Bäume An den Eichen mit F: Hinweis auf 1 Hornissen- und 1 Bienennest – diese Bäume dürfen nicht gefällt werden. Herr Baranowski bietet hier seine Mithilfe an.

Stand zum Klageverfahren KMS? Es lag der Verwaltung keine weitere Information vor.

Stand der Plakatierung (Willensbekundung) Berliner Straße 11?
Herr Kramer informierte, dass Ersatzvornahme angeordnet und Eilverfahren eingeleitet wurde. Das Verwaltungsgericht in Potsdam muss entscheiden.

zu 5 Bericht aus der Verwaltung

- kein Bericht

zu 8 Beratung zur Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen

Auf der letzten RSO-Sitzung wurde vereinbart, dass die Verwaltung eine Begründung für den Vorschlag der Bürgermeisterin liefert, die Fachausschüsse ganz entfallen zu lassen und nur noch zwei Gremien (Stadtverordnetenversammlung und Hauptausschuss) in wesentlich kürzerem Sitzungsrhythmus tagen zu lassen. Die Begründung vom 04.09.2009 lag allen Ausschussmitgliedern schriftlich vor. Herr Kramer betonte, dass das Schreiben vom 04.09.2009 nur ein Vorschlag von Frau Schreiber wäre und grundsätzlich der Beratung diene. Zu diesem Thema wurde kontrovers diskutiert. Es wurde erläutert,

dass in den Fachausschüssen die einzelnen Schwerpunktthemen besser beraten werden können als in der Stadtverordnetenversammlung.

Herr Baranowski ging gemeinsam mit den Ausschussmitgliedern die Geschäftsordnung punktuell noch einmal durch. Die Form und die inhaltlichen Ergänzungen/Festlegungen seitens der Ausschussmitglieder zur GO werden seitens der Verwaltung präzisiert und zur nächsten RSO-Sitzung zur Abstimmung vorgelegt.

§ 2 Abs. 4
Streichung: ... in der Regel an einem Dienstag/Mittwoch.
Ergänzung: ... eines Jahres-terminplanes ***alternierend Dienstag und Mittwoch*** …

§ 3 Abs. 6
evt. Streichung – siehe § 12

§ 5 Abs. 2
Ergänzung Satz 1: … trägt sein Anliegen ***unter Nennung seines Namens*** …
Ergänzung vorletzter Satz: … der Vorschlag oder die Anregung ***und die Antwort*** …

§ 6 Abs. 1
Zur Beratung in nächste RSO-Sitzung

§ 8 Abs. 1
Bessere Formulierung – einmal Anträge streichen

§ 11 Abs. 3
Formulierung in Satz 1: Das Wort sind ist durch „***sollen“*** zu ersetzen

§ 17 Abs. 4
Seitens der Verwaltung wird zur nächsten RSO-Sitzung ein praktikabler Vorschlag unterbreitet. Vorschlag der Ausschussmitglieder: sieben Werktage geht nicht – evtl. **vier** Werktage (evtl. Versendung per Mail).

Die Sitzung wurde um 20:27 Uhr durch den Ausschussvorsitzenden beendet. Die restlichen Tagesordnungspunkte wurden nicht behandelt.

Sven Baranowski Ausschussvorsitzender	Carmen Schulze Protokollantin